

Antragsvoraussetzung - Erklärungen Antragsteller

1. Der Antragsteller/Mithafter erklärt, dass das Unternehmen hinsichtlich der Kriterien der KMU-Definition der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) zu bewerten ist als:

- Kleinstunternehmen**
- kleines Unternehmen**
- mittleres Unternehmen**
- kein-KMU (große Unternehmen)**

Der Begriff des KMU wird im KMU-Informationsblatt (SAB-Vordruck 60300) – abrufbar auf der Internetseite der SAB (www.sab.sachsen.de) – erläutert.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung der Zeitpunkt der Gewährung des Darlehens ist. Der Antragsteller verpflichtet sich, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den Größenstatus des Unternehmens unverzüglich der Hausbank mitzuteilen.

Antragstellendes Unternehmen ist KMU:

Die ausgefüllten und unterschriebenen Vordrucke KMU-Bewertung (SAB-Vordruck 60314) und Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung (SAB-Vordruck 60314-1) - abrufbar auf der Internetseite der SAB (www.sab.sachsen.de) - sind bei der Hausbank aufzubewahren.

2. Der Antragsteller/Mithafter erklärt, dass er kein Unternehmen ist, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist.

3. Der Antragsteller/Mithafter erklärt, dass mit dem Vorhaben vor Antragstellung bei der Hausbank noch nicht begonnen wurde.

Unter Vorhabensbeginn ist das Eingehen der ersten wesentlich finanziell bindenden Verpflichtung zu verstehen, soweit sich diese auf die zu finanzierende Maßnahme bezieht. Die Antragstellung setzt voraus, dass mindestens die folgenden Angaben in schriftlicher Form gegenüber der Hausbank erklärt werden:

- a) Name und Größe des Unternehmens,
- b) Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses,
- c) Standort des Vorhabens,
- d) die Kosten des Vorhabens,
- e) Art der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Kredit, Garantie, rückzahlbarer Vorschuss oder Kapitalzuführung) und Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

4. Der Antragsteller/Mithafter erklärt, dass Immobilieninvestitionen mit anschließender überwiegender Fremdvermietung nicht Bestandteil des Investitionsvorhabens sind. Die Vermietung und Verpachtung im Rahmen einer Betriebsaufspaltung, Organschaft, Mitunternehmerschaft sowie zwischen Eheleuten ist förderungsschädlich.

5. Der Antragsteller/Mithafter versichert, dass dem Vorhaben keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

6. Zusätzlich bei Nicht-KMU (große Unternehmen): Der Antragsteller/Mithafter bestätigt, dass die zu Marktbedingungen erworbenen Vermögenswerte neu sind (gilt nicht im Falle des Erwerbs einer Betriebsstätte).

Nur im Falle eines Verlagerungsvorhabens relevant: Der Antragsteller/Mithafter bestätigt, dass er in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung hin zu der Betriebsstätte vorgenommen hat, in der die Investition, für die die Beihilfe beantragt wird, getätigt werden soll, und verpflichtet sich, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, nicht zu tun. Bezüglich der Definition der Verlagerung und der Auslegung der Vorschrift wird auf das Informationsblatt zu Beihilfen für die Sachsenkredite (SAB-Vordruck 63550) – abrufbar auf der Internetseite der SAB (www.sab.sachsen.de) – verwiesen.

Nur im Falle eines Diversifizierungsvorhabens oder des Erwerbs der Vermögenswerte einer Betriebsstätte relevant: Der Antragsteller/Mithafter bestätigt, dass die neue Tätigkeit in der Betriebsstätte nicht unter dieselbe Klasse (vierstelliger numerischer Code) der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 wie die bisherige Tätigkeit in der Betriebsstätte fällt und dass beim Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte diese von Dritten erworben werden, die in keiner Beziehung zum Käufer stehen.

7. Der Antragsteller/Mithafter ist einverstanden, dass die Angaben zum Antragsteller/Mithafter, zum Vorhaben und zur Finanzierung/zum Darlehen an die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – weitergegeben werden. Diese darf die Daten an die mit der Förderung befassten Stellen des Freistaates Sachsen weitergeben. Die SAB ist nach dem SächsFöDaG zudem verpflichtet, durch Rechtsverordnung bestimmte Daten an die zuständigen Stellen zu übermitteln.

8. Subventionserhebliche Tatsachen

Dem/den beantragten Darlehen liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und gemäß § 1 des Subventionengesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i. V. m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden.

Dem Antragsteller/Mithafter ist bekannt, dass die folgenden Angaben und Erklärungen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind und Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers und Mithafters (Name, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche, vertragliche Beziehungen, Branche)
- Angaben zur Finanzierung des Vorhabens inkl. der beantragten und gewährten öffentlichen Finanzierungshilfen Dritter

- Angaben zur Vorhabensbeschreibung
- Angaben zum Investitionsort, Vorhabensbeginn, Zeitpunkt der Aufnahme der selbständigen Tätigkeit und der Beteiligung
- Angaben zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug einschließlich der Angaben zu den Vorhabenskosten als Brutto- bzw. Nettokosten
- Angaben in den unterschriebenen Vordrucken KMU-Bewertung (SAB-Vordruck 60314) und Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung (SAB-Vordruck 60314-1) - abrufbar auf der Internetseite der SAB (www.sab.sachsen.de) -
- die Erklärungen zu den Ziffern 1-6.

Dem Antragsteller/Mithafter ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden sowie Scheingeschäfte, und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind.

Dem Antragsteller/Mithafter sind die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Änderungen der vorgenannten subventionserheblichen Angaben mitzuteilen sind.

Antragsteller/Mithafter

Ort
Datum (TT.MM.JJJJ)

rechtsverbindliche Unterschrift Stempel